



Erklärung der Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege im Freistaat Sachsen zum Erstarren des Antisemitismus in Sachsen und in Deutschland

Die Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Sachsen erfüllt der wieder erstarrende Antisemitismus in Sachsen und in Deutschland mit großer Sorge. Vor dem Hintergrund des historischen Antisemitismus, der von Deutschland ausgehend zum größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte, dem Holocaust führte, erwächst für die gegenwärtige deutsche Gesellschaft eine besondere Verantwortung.

Der nicht nur in Deutschland anwachsende politische Populismus und die starke Polarisierung des politischen Diskurses fördert ein Erstarren von Fremdenfeindlichkeit, Gruppenbezogener Diskriminierung und Antisemitismus.

In einer demokratischen Gesellschaft, die sich in ihrer Verfassung auf die Unantastbarkeit der Würde jedes Einzelnen, der Ablehnung jeder Form von Diskriminierung und der Gewährung der Religionsfreiheit verständigt hat, darf Fremdenfeindlichkeit, Gruppenbezogene Diskriminierung und Antisemitismus keinen Platz haben. Diese Grundhaltung im demokratischen Gemeinwesen wird von der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Sachsen uneingeschränkt geteilt.

Wir beobachten mit Sorge, dass antisemitische Einstellungen wieder zunehmend offen geäußert werden. Auf Demonstrationen, politischen Verlautbarungen, aber auch in diskriminierenden Anfeindungen gegenüber Einzelnen bis hin zu Schmierereien an Hauswänden tritt der Antisemitismus offen zu Tage.

Des Weiteren nehmen wir wahr, dass auch nach Deutschland geflüchtete Menschen teilweise antisemitische Einstellungsmuster mitbringen und diese in Einzelfällen offen zeigen. Auch dieser Seite des Antisemitismus muss entschieden entgegengetreten werden. Genauso empörend ist es in diesem Zusammenhang, wenn vorwiegend rechtspopulistische Kreise diese inakzeptablen Einstellungen politisch für ihre Zwecke instrumentalisieren und missbrauchen.

Es muss auch sehr deutlich gemacht werden, dass Antisemitismus historisch wie gegenwärtig nicht einzelnen politischen Lagern oder Gruppen zugerechnet werden kann. Somit ist Antisemitismus, unabhängig von wem und in welchem Zusammenhang er geäußert wird, zu verurteilen.

Wir betrachten mit Sorge, dass die jahrzehntelangen Bemühungen um politische Bildung, Aufklärung und Beschäftigung mit der NS- Geschichte offenbar noch nicht wirksam genug waren, um überkommen geglaubte antisemitische Einstellungsmuster in der Tiefe zu bekämpfen.

Wir wissen aus Gesprächen mit Holocaustüberlebenden und mit anderen überlebenden Opfern der deutschen Konzentrationslager, dass für die wenigen noch unter uns lebenden Menschen und ihre Angehörigen der aktuell anwachsende Antisemitismus in Deutschland eine schmerzhaft und verstörende Erfahrung ist.

Eine Vielzahl von jungen Menschen aus unseren Jugendorganisationen sowie aus Schulen und Jugendverbänden haben von den Schrecken des Nationalsozialismus in Gesprächen mit Zeitzeugen erfahren und verstanden, warum eine demokratische Gesellschaft und insbesondere Deutschland sich besonders vehement vor Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung schützen muss.

Wir rufen dazu auf, in diesen Bemühungen nicht nachzulassen, aus Respekt vor den Opfern der deutschen Mordpolitik in der NS-Zeit und um ein zentrales Fundament unserer Demokratie zu erhalten. Wir erwarten von der Politik, sich dafür einzusetzen und sich ebenso von jeder Form von Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit zu distanzieren.

Kontakt: Caritasverband für das Bistum Dresden-Meißen e.V., Magdeburger Straße 33 , 01067 Dresden, Pressestelle, Tel. 0351 4983738, E-Mail: presse@caritas-dicvdresden.de
www.liga-sachsen.de

Dresden, 1. März 2018